Presseschau vom 01.10.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen aus Sozialen Netzwerken sind violett gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter https://alternativepresseschau.wordpress.com/ *erreichbar.*

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: **Fehlende Lkw-Fahrer: Ausbeutung gefährdet Versorgung auch in Deutschland**
Eine Versorgungskrise infolge fehlender Fahrer für die Transport-Lkw beschäftigt derzeit Großbritannien. Eine solche Lage droht längst auch anderen Ländern wie Deutschland. Darauf und auf die Ursachen dafür macht ein Online-Politik-Magazin aufmerksam. …
https://kurz.rt.com/2ohw

Seyed Alireza Mousavi: **Putin-Erdoğan-Gipfeltreffen: Türkische Schaukelpolitik und Annäherung an Russland**
Der fluchtartige Abzug der US-Truppen aus Afghanistan und deren schrittweiser Abzug aus der Region sind ein geopolitischer Wendepunkt. Dieser wird die Türkei in naher Zukunft dazu zwingen, ihre Schaukelpolitik zu beenden und einen klaren Kurs zu fahren. …
https://kurz.rt.com/2ohn

Dagmar Henn: **Deutschland und RT DE – oder die Frage: Wer will den Frieden und wer ist im Krieg?**
Eigentlich ist es völlig normal, dass Staaten Sender betreiben, die ihre Positionen darstellen. Das kann sogar zum Frieden beitragen. Trotzdem machen die Politik und die Medien in Deutschland vehement Front gegen RT DE. Sagt das etwas über RT DE? Oder sagt das etwas

über Deutschland? …
https://kurz.rt.com/2oi9

de.rt.com: **ICS warnt: Globale Lieferketten stehen vor dem totalen "Systemzusammenbruch"**
Ein neuer Brief, der diese Woche von mehreren internationalen Institutionen veröffentlicht wurde, warnt vor einem drohenden "Zusammenbruch des globalen Transportsystems", wenn die nationalen Regierungen nicht sofort Maßnahmen ergreifen, um die Situation zu verbessern. In der Zwischenzeit behaupten die Zentralbanker, dass die steigenden Preise auf Unterbrechungen der Lieferkette zurückzuführen sind. Doch Kritiker behaupten, dass die Zentralbanker sich gewaltig irren. …
https://kurz.rt.com/2oio

Susan Bonath: **Versteckt das RKI geimpfte COVID-19-Patienten?**
Ungeimpfte würden Kliniken mit schweren COVID-Verläufen überlasten, heißt es. So rechtfertigen Politiker und Medien den wachsenden, teils existenziell bedrohlichen Druck auf die "Verweigerer". Doch diese These hinkt: Die Zahlen sind unplausibel und das Robert Koch-Institut mauert. …
https://kurz.rt.com/2ofj

abends/nachts:

snanews.de: **Wiederaufnahme der EU-Atomgespräche mit Iran demnächst geplant**
Die unterbrochenen Gespräche über das iranische Atomprogramm werden laut dem Außenbeauftragten der Europäischen Union, Josep Borrell, bald wieder aufgenommen. Dies berichtet die Nachrichtenagentur Reuters.
Auch der Iran werde mit Sicherheit an den Verhandlungstisch zurückkehren, hieß es.
Die indirekten Gespräche zwischen den USA und der iranischen Regierung waren im Juni, nach dem Sieg des Hardliners Ebrahim Raisi bei der Präsidentenwahl im Iran, ausgesetzt worden. Seit April wird versucht, das 2015 zwischen einer Staatengruppe und dem Iran vereinbarte Abkommen wiederzubeleben, das die Islamische Republik vom Bau von Atomwaffen abhalten soll. Erst am Sonntag hatte die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) beanstandet, der Iran erfülle seine Zusagen zur Überprüfung seiner Atomanlagen nicht vollständig. Die IAEA habe zwar die Speicherkarten in ihren Kameras an iranischen Atomanlagen weitgehend tauschen können. Entgegen den Zusagen vom 12. September sei dies der IAEA in einer Werkstatt für den Bau von Zentrifugenkomponenten aber nicht erlaubt worden.
Deutschland, Frankreich und Großbritannien hatten zuvor ihre Besorgnis geäußert, dass der Iran nach Angaben der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) sein Uran schon auf 20 Prozent angereichert und die Kapazitäten zur Anreichung auf 60 Prozent massiv ausgebaut habe. Russlands Außenministerium äußerte in diesem Zusammenhang, dass diese Handlungen Teherans das 2015 geschlossene internationale Abkommen für eine zivile Nutzung der Atomenergie verletzen würden, aber in vielem auf den fehlenden Fortschritt bei der Wiederherstellung des Deals zurückzuführen seien.
Die 2015 in Wien international geschlossene Vereinbarung zwischen dem Iran, den fünf UN-Vetomächten und Deutschland sollte Teheran eine friedliche Nutzung der Kernkraft gestatten, aber die Entwicklung von Kernwaffen verwehren. Darin verpflichtete sich der Iran, sein Atomprogramm herunterzufahren; im Gegenzug sollten die Wirtschaftssanktionen der Uno, der USA und der EU aufgehoben werden.
Im Mai 2018 stiegen die Vereinigten Staaten unter dem damaligen Präsidenten Donald Trump einseitig aus dem Deal aus und verhängten schärfere Sanktionen gegen Teheran. Daraufhin

kündigte der Iran eine etappenweise Abkehr von seinen Verpflichtungen ab 2019 an. Russland bemüht sich um die Rettung des Deals. Wie der Ständige Vertreter Russlands bei den internationalen Organisationen in Wien, Michail Uljanow, zuvor mitgeteilt hat, ist die Arbeit zur Wiederherstellung des Abkommens zu fast 90 Prozent abgeschlossen, es seien nur politische Momente übrig geblieben, die mit den Verpflichtungen der USA und damit verbunden seien, wie Washington sie künftig einhalten werde.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e5/03/1e/1496666_0:104:3147:1874_1280x0_80_0_0_decfbe15808a6012f53b0d73f6adb2da.jpg

de.rt.com: **"Müssen uns auf halbem Wege entgegenkommen" – Chinas Indien-Botschafter zu Grenzstreit**

Im Mai letzten Jahres kam es zu einer drastischen Eskalation entlang der Grenze zwischen Indien und China, bei der nach Berichten mehrere Dutzend Soldaten auf beiden Seiten starben. Die Wurzeln des Grenzstreites gehen auf die 1950er Jahre zurück. Im Jahr 1962 kam es zu einem einmonatigen Krieg.

Der chinesische Botschafter in Indien, Sun Weidong, hat zu gemeinsamen Anstrengungen aufgerufen, um die Beziehungen zwischen China und Indien wieder auf den Weg einer gesunden und stabilen Entwicklung zu bringen, von der beide Länder und ihre Völker profitieren würden. Das berichtete die chinesische Agentur Xinhua. Der chinesische Diplomat erklärte am Dienstag auf einer Videokonferenz aus Anlass des 72. Jahrestages der Gründung der Volksrepublik China:

"Wir sollten das Vertrauen stärken, den Dialog und die Zusammenarbeit intensivieren und die bilateralen Beziehungen wieder auf den richtigen Weg bringen."

Die Beziehungen zwischen China und Indien seien zwar derzeit von Problemen geplagt, dieser Umstand führe aber nicht zu einer Veränderung der "grundlegenden Einschätzung der Beziehungen" seitens China, versicherte er.

Aufgrund der Bedeutung beider Staaten als größte Entwicklungs- und Schwellenländer der Welt werde eine harmonische Beziehung zwischen China und Indien nicht nur dem Wohlergehen der Einwohner Chinas und Indiens – also zwei Fünfteln der Weltbevölkerung – zugutekommen, sondern auch von großer Bedeutung für Asien und den gesamten Globus sein, so der chinesische Botschafter.

Sun rief beide Seiten dazu auf, die bilateral vorteilhafte Zusammenarbeit auszubauen, mit den bestehenden politischen Unterschieden angemessen umzugehen und als Grundlage der Beziehungen die zwischenmenschliche Freundschaft zu stärken. Er erklärte:

"Unter Berücksichtigung der grundlegenden Interessen unserer beiden Länder sollten wir die bilateralen Beziehungen aus einer historischen und strategischen Perspektive betrachten und den strategischen Konsens aufrechterhalten, dass China und Indien

Entwicklungsmöglichkeiten und Kooperationspartner füreinander sind, anstatt Bedrohungen oder konkurrierende Rivalen zu sein."
Es sei normal, dass es zwischen den beiden Nachbarländern Differenzen gebe, sagte Sun und fügte hinzu, dass es von entscheidender Bedeutung sei, diese Differenzen zu bewältigen und nicht zuzulassen, dass ein einzelnes Problem zu einer Behinderung der Gesamtentwicklung der bilateralen Beziehungen führe.
Der chinesische Diplomat forderte beide Seiten auf, die zwischen Indien und China bestehende Grenzfrage durch Dialog und diplomatische Verhandlungen auf eine faire, vernünftige und für beide Seiten akzeptable Lösung zu überwinden. Er sagte:
"In Zukunft müssen beide Seiten einander auf halbem Wege entgegenkommen, um die Situation zu stabilisieren und von einer dringenden Streitbeilegung zu einer regelmäßigen Verwaltung und Kontrolle überzugehen, um gemeinsam den Frieden und die Ruhe im Grenzgebiet zu wahren."
An dem virtuellen Treffen nahmen über 100 Vertreter aus allen Bereichen des Lebens in Indien teil.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/6155b487b480cc16f378457e.jpeg

snanews.de: **Keine Beweise, dass Weißrussland Flüchtlinge an die EU-Grenze verdrängt – Lukaschenko**
Laut dem weißrussischen Präsidenten, Alexander Lukaschenko, liegen keine Beweise dafür vor, dass Minsk Flüchtlinge in die EU-Staaten verdrängt.
„Haben Sie Beweise, dass ich diese Menschen (Flüchtlinge – Anm.d.R.) an die polnisch-weißrussische Grenze verdränge? Nein, das ist doch nicht möglich“, sagte Lukaschenko in einem Interview mit CNN.
Der Interviewer Matthew Chance erwiderte: „Die polnische Regierung behauptet, dass die Flüchtlinge gewaltsam dorthin (an die Grenze – Anm.d.R.) gebracht werden und dass es dazu kommt, dass man sie mit Drogen, Amphetamin vollstopft. Damit sie nicht sehr lange schlafen, damit es ihnen leichter fällt, kaltes Wetter zu ertragen. Und so werden sie gefangen. Werden Sie das leugnen?“
„Aber das ist Wahnsinn“, so der weißrussische Präsident. „Alles, was Ihre polnische Regierung tut, ist verrückt. Wollen Sie damit sagen, dass wir Menschen mit Drogen füttern? Fakten auf den Tisch! Sollte es Fakten geben, werde ich die Verantwortung tragen“, betonte Lukaschenko.
Lukaschenko verwies außerdem darauf, dass Weißrussland den an der Grenze gestrandeten Flüchtlingen einen vorübergehenden Aufenthalt angeboten habe. Die Flüchtlinge hätten jedoch das Angebot abgelehnt, so der weißrussische Präsident.
Er warf der EU vor, die Flüchtlinge selber eingeladen zu haben.
Migranten an polnisch-weißrussischer Grenze

Lukaschenko hatte Ende Mai angekündigt, dass Minsk Migranten nicht mehr an der Weiterreise in die Europäische Union hindern werde. Aufgrund der westlichen Sanktionen gebe es „kein Geld und keine Kraft“, dies zu tun.
Seitdem melden Litauen, Lettland und Polen eine Zunahme von Festnahmen illegaler Migranten an der Grenze zu Weißrussland. Nach polnischen Angaben sind seit Anfang August rund 10.000 versuchte Grenzübertritte von Belarus nach Polen registriert worden. Die meisten davon seien unterbunden worden. Rund 1200 illegale Migranten seien festgenommen und in bewachten Einrichtungen untergebracht worden.
Minsk warf Litauen, Polen und Lettland wiederholt vor, Migranten gewaltsam auf weißrussisches Territorium abgeschoben zu haben.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e4/0c/02/52578_0:141:3073:1869_1280x0_80_0_0_a6bcd380d4f2bfd988587ca2508459bd.jpg

de.rt.com: **Russland und USA: Gespräche über Rüstungskontrolle "konstruktiv"**
Russland und die USA haben sich darauf geeinigt, zwei Arbeitsgruppen für strategische Stabilität einzurichten, wie der russische Vizeaußenminister Sergei Rjabkow nach Gesprächen in Genf sagte. Die zweite Runde dieser Konsultationen kann demnach als recht konstruktiv betrachtet werden.
Russland und die Vereinigten Staaten haben ihre Gespräche über eine atomare Rüstungskontrolle fortgesetzt. Delegationen beider Länder trafen sich am Donnerstag in Genf, wie die russische Seite bei Twitter mitteilte. Nach Ansicht des stellvertretenden russischen Außenministers Sergei Rjabkow hat die neue Konsultationsrunde gezeigt, dass beide Staaten bereit sind, den Prozess voranzutreiben. Jedoch haben beide Seiten noch kaum eine gemeinsame Basis.
"Wir haben weiterhin das gesamte Spektrum der Fragen im Zusammenhang mit der strategischen Stabilität und der Rüstungskontrolle in ihrem strategischen Teil erörtert. Wir haben bei bestimmten Aspekten einige Fortschritte erzielt, auch wenn dieser Aspekt hauptsächlich die Organisation der weiteren Arbeit betrifft, aber nichtsdestotrotz ist er auch wichtig", sagte Rjabkow am Donnerstag vor Reportern.
Die Frage, ob die Konsultationen als konstruktiv genug angesehen werden können, bejahte der Diplomat.
"Alles zusammengenommen hat sich gezeigt, dass trotz der bestehenden Differenzen, und davon gibt es viele, sowohl im konzeptionellen Bereich als auch in Bezug auf die Herangehensweise an bestimmte Elemente der Nuklearpolitik, sogar in Bezug auf die Interpretation der Absichten des jeweils anderen, Differenzen bestehen bleiben", erklärte Rjabkow und fügte hinzu, dass gleichzeitig der Wunsch und die Bereitschaft bestehe, "den Prozess voranzutreiben". "Wir haben eine klarere Vorstellung davon, welche Aufgaben die amerikanische Seite während des bevorstehenden weiteren Dialogs und dessen Fortsetzung

lösen möchte."
Auf US-Seite nahm seine Kollegin Wendy Sherman an den Verhandlungen teil. Nun sollen zwei Arbeitsgruppen gebildet werden, die sich mit Detailfragen der Rüstungskontrolle befassen, sagte Rjabkow. Es gebe den Wunsch auf beiden Seiten, weiter voranzukommen. Zugleich sagte der russische Diplomat, dass die US-Seite wegen der wachsenden militärischen Macht Chinas besorgt sei. Die USA hatten China an den Verhandlungen beteiligen wollen.
Von der US-Regierung hieß es, die Delegationen hätten vereinbart, dass die Arbeitsgruppen ihre Arbeit aufnehmen sollten und anschließend ein weiteres Treffen stattfinden solle. Die Gespräche in Genf seien "intensiv" und "substanziell" gewesen, teilte das Außenministerium mit.
Die Atommächte USA und Russland hatten Ende Juli in der Schweiz die neuen Gespräche begonnen, auf die sich zuvor der russische Staatschef Wladimir Putin und US-Präsident Joe Biden bei einem Gipfel Mitte Juni in Genf geeinigt hatten. Bei dem eintägigen Treffen war es um künftige Rüstungskontrolle und Risikominderung gegangen.
Die Gespräche gelten als wichtiges Signal für die globale Sicherheit. Grundlage ist das einzig noch verbliebene große Abkommen zur Rüstungskontrolle der USA mit Russland: Der Vertrag über die strategische atomare Abrüstung "New START", der die Nukleararsenale beider Länder auf je 800 Trägersysteme und je 1.550 einsatzbereite Atomsprengköpfe begrenzt, hat die Trump-Administration knapp überlebt. Diese hatte sich mit dem Vorwurf, Russland halte sich nicht an Regeln, bereits aus mehreren Abkommen verabschiedet. Unter George W. Bush waren die USA im Jahr 2002 aus dem ABM-Vertrag ausgestiegen. Gleichzeitig – und teils durch die Aufhebung früherer Verträge ermöglicht – unterhalten die Vereinigten Staaten in Osteuropa ein Raketenschildsystem, das aus russischer Perspektive bereits Übereinkommen unterminiert hat.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/6156049248fbef74b8739330.jpg

vormittags:

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 30. September 2021 wurden zwei Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.
Molodjoshnoje und **Golubowskoje** wurden mit Granatwerfern beschossen (8 Schüsse).

de.rt.com: **Experten: Russische Ölreserven reichen bei derzeitiger Förderung noch 30 Jahre, bei Gas noch 70**
Schätzungen eines russischen Geologieunternehmens haben ergeben, dass die Erdölreserven in Russland in drei Jahrzehnten zur Neige gehen könnten. Bei den Gasreserven lautet die

Prognose 70 Jahre. Der Energiekonzern Gazprom ist da noch optimistischer.
Russlands Erdgasreserven könnten bei der derzeitigen Fördermenge in 70 Jahren erschöpft sein, während die Ölreserven laut Schätzungen des Geologieunternehmens Rosgeo noch etwa 30 Jahre reichen dürften. Die Firma stellte fest:
"In den vergangenen 25 Jahren wurden zehnmal weniger neue Reserven entdeckt als in den 25 Jahren zuvor, und viele sowjetische Vorkommen sind erschöpft."
Neben Öl und Gas könnten auch weitere wertvolle Reserven des Landes in einigen Jahrzehnten zur Neige gehen, hieß es. Die Vorräte an Diamanten und Zink würden für 20 Jahre, Gold und Blei für etwa ein Jahrzehnt reichen, und die Chromreserven würden in weniger als fünf Jahren erschöpft sein, warnt Rosgeo.
Die Daten des Unternehmens spiegeln ähnliche Warnungen aus anderen Quellen wider. Vergangene Woche sagte der amtierende Leiter der russischen Agentur für Bodenschätze Ewgeniy Petrow dass die profitablen Erdöl-Reserven noch etwa 20 oder 21 Jahre reichen würden. Der Beamte betonte, dass Russland, wenn es seinen Status als einer der weltweit größten Verkäufer des schwarzen Goldes behalten will, in neue Technologien investieren müsse, um schwer zugängliche Lagerstätten wie die in Westsibirien zu erkunden.
Alexei Miller, der Chef des staatlichen russischen Energiekonzerns Gazprom, zeichnete hingegen ein positiveres Bild von den Erdgasreserven des Landes. Er prognostizierte mehr als ein Jahrhundert stetiger Lieferungen, wobei einige Vorkommen bis zum Jahr 2132 Brennstoff liefern könnten. Er spekulierte jedoch nicht darüber, was danach passieren wird.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/61518e4448fbef6cc13a1362.jpg

dnr-sckk.ru: **Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 30. September 3:00 Uhr bis 1. Oktober 3:00 Uhr**
In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination drei Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt.
Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:
Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).
In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Ortschaften: **Wasiljewka, Mineralnoje, Leninskoje.**
Wie bereits mitgeteilt wurde, wurden infolge des Beschusses von Seiten der BFU auf Kamenka in der Jakowlewskaja-Industriezone des Sasjadko-Bergwerks Schäden am Gebäude einer Vakuumpumpenstation, einer Entgasungsrohrleitung, die für die Ableitung von Methan aus dem Bergwerk vorgesehen ist, von Kabelleitungen, die den Ventilator der Hauptlüftung und den Aufzug des Lüftungsschachts versorgen, festgestellt.
Die Versuche der DVR, im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen

Herstellung von Ruhe zu den Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf alle unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feuereinstellung ein.
Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.
Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 44.
In den vorangegangenen 24 Stunden wurden vier Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snanews.de: **Nordkorea gibt Test von Flugabwehrrakete bekannt**
Nordkorea hat nach eigenen Angaben den Test einer neuentwickelten Flugabwehrrakete durchgeführt. Dies berichtet die staatliche Nachrichtenagentur KCNA am Freitag.
Der Test wurde demnach am Donnerstag von der Akademie für Verteidigungswissenschaft abgehalten und zielte darauf ab, die Funktionsfähigkeit der Abschussvorrichtung, des Radars und des Allzweck-Kommando-Kampffahrzeuges sowie die umfassende Leistungsfähigkeit der Rakete zu bestätigen.
Laut der Akademie soll der Test eine große praktische Bedeutung für die Untersuchung und Entwicklung verschiedener künftiger Flugabwehrraketensysteme haben. Es wurde darauf hingewiesen, dass die bemerkenswerte Kampffähigkeit der Flugabwehrrakete neuen Typs eine erhebliche Steigerung der Reaktionsfähigkeit und der Lenkpräzision des Raketensteuerungssystems mit sich gebracht habe. Darüber hinaus sei die Abschussreichweite von Luftzielen mit der Einführung neuer Schlüsseltechnologien wie einer Doppelruder-Steuerungstechnologie und eines Doppelimpuls-Flugmotors überprüft worden.
Pak Jong Chon, Mitglied des Präsidiums des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Koreas, habe den Test überwacht.
Details hinsichtlich der Reichweite der getesteten Rakete wurden nicht angegeben.
Erst am Mittwoch hatte Pjöngjang den Test einer neu entwickelten Hyperschallrakete Hwasong-8 bekannt gegeben, der am Vortag stattgefunden habe. Somit testete Nordkorea seit Jahresbeginn bereits die dritte ballistische Rakete. Wegen der großen Geschwindigkeit können Waffen dieser Art nur schwer abgefangen werden.
Pjöngjang sind alle Aktivitäten im Bereich der ballistischen Raketen im Einklang mit den Resolutionen des UN-Sicherheitsrats untersagt.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e5/0a/01/3785774_0:0:2362:1330_1280x0_80_0_0_1b8b08e745deb19610107739db2f15a9.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 1. Oktober um 9:00 Uhr 13.216 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.
Davon wurden bis 9882 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen

entlassen.
Seit Beginn der Pandemie gibt es 1386 Todesfälle.

snanews.de: **Gazprom beginnt Gaslieferungen nach Ungarn unter Umgehung der Ukraine**
Der russische Energiekonzern Gazprom hat begonnen, Erdgas nach Ungarn über die Gasleitung Balkan Stream zu liefern - unter Umgehung der Ukraine. Moskau und Budapest haben am 27. September zwei Verträge mit einer Laufzeit von 15 Jahren und einer Lieferkapazität von insgesamt 4,5 Milliarden Kubikmetern Gas pro Jahr abgeschlossen. Balkan Stream ist ein 403 Kilometer langer Ableger der Pipeline Turkish Stream, der den Transport russischen Gases durch die Türkei und Bulgarien über Serbien nach Ungarn ermöglicht. Laut dem Vertrag werden 3,5 Milliarden Kubikmeter Gas über Serbien und eine Milliarde über Österreich eingespeist.
Zuvor hatte die Ukraine ihre Enttäuschung über die geplanten Verträge zwischen Russland und Ungarn geäußert und versprach, sich an die EU-Kommission zu wenden, damit diese prüft, ob diese Verträge den europäischen Energie-Gesetzen entsprechen. Das EU-Gremium hat damals mitgeteilt, es untersuche mögliche Folgen dieser langfristigen Lieferverträge. Außerdem würden diese Verträge die bilateralen ukrainisch-ungarischen Beziehungen beeinträchtigen, wie es aus dem Außenministerium in Kiew verlautete. Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban wies am Freitag die Kritik des Nachbarlandes zurück. Ungarn sei ein souveränes Land und entscheide selbst, von wem und wie es Gas beziehe. Die Ukrainer sollten ihre Probleme selbst lösen, sagte er.
Nach Angaben der Nachrichtenagentur Reuters, die einen Beitrag im ungarischen Rundfunk am Freitag zitiert, sagte Orban, er sei nur den ungarischen Wählern rechenschaftspflichtig, die ohne das neue Abkommen viel höhere Gaspreise hätten zahlen müssen.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e5/0a/01/3786298_0:69:3073:1797_1280x0_80_0_0_94f1f899a9a872262b309b390f744d9c.jpg

Mzdnr.ru: Am 30. September wurden in der DVR 1392 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 546 positiv, bei 136 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.
Am 1. Oktober um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 67.883 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.
9447 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 53.476 als gesund entlassen, es gibt 4960 Todesfälle.
In den letzten 24 Stunden wurden 407 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 90 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 172 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 3751

Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 1115 mit Sauerstoffunterstützung (+151 in den letzten 24 Stunden).
Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 2255 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19-Erkrankung durchgemacht hatten.

snanews.de: **Äthiopien erklärt sieben UN-Mitarbeiter zu unerwünschten Personen – Guterres „schockiert“**
Äthiopien hat sieben Mitarbeiter humanitärer UN-Organisationen zu Persona non grata erklärt, wie das Außenministerium in Addis Abeba auf Twitter mitteilte. Ihnen wird vorgeworfen, sich in innere Angelegenheiten des Landes eingemischt zu haben. UN-Generalsekretär António Guterres hat „schockiert“ auf die Entscheidung reagiert. Demnach haben die UN-Vertreter 72 Stunden Zeit, das Land am Horn von Afrika zu verlassen.
Unter ihnen seien die Chefin des Kinderhilfswerks Unicef in Äthiopien, Adele Khodr, und der stellvertretende UN-Koordinator für humanitäre Hilfe in Äthiopien, Grant Leaity. Nähere Angaben zu den Hintergründen der Ausweisung machte die Regierung zunächst nicht.
UN-Generalsekretär António Guterres habe „schockiert“ reagiert, sagte UN-Sprecherin Stephanie Tremblay am Donnerstag bei einer Pressekonferenz.
Guterres habe vollstes Vertrauen in die UN-Mitarbeiter in Äthiopien, ließ der UN-Chef am Donnerstag in New York laut einer Mitteilung verlauten, die die Deutsche Presse-Agentur vorliegt.
Man versuche die Regierung Äthiopiens dazu zu bewegen, die UN-Mitarbeiter im Land bleiben und „ihre wichtige Arbeit fortsetzen“ zu lassen.
Anfang September hatte der Leiter des UN-Nothilfebüros (OCHA) in Äthiopien, Grant Leaity, Regierungschef Abiy Ahmed vorgeworfen, humanitäre Hilfen in der umkämpften Provinz Tigray zu blockieren.
Die Regierung in Addis Abeba verhindere durch bürokratische Auflagen, dass ausreichend Hilfsgüter, Treibstoff und Personal die Notleidenden erreichen, so Leaity damals. Impfungen gegen Masern, Polio und Covid-19 seien demnach nicht möglich. Es drohe eine der schlimmsten Hungerkrisen weltweit seit Jahrzehnten.
Bürgerkrieg in Äthiopien
Der Krieg zwischen der Volksbefreiungsfront von Tigray (TPLF) und den Truppen der Zentralregierung war Anfang November 2020 ausgebrochen. Bis dahin war die TPLF in der gleichnamigen Region im Norden Äthiopiens an der Macht. Ministerpräsident Abiy Ahmed hatte der TPLF vorgeworfen, einen bewaffneten Aufstand angezettelt zu haben. Nach etwa einem Monat erklärte die Regierung von Ahmed den Konflikt mit der TPLF für gewonnen. Geflüchtete Anführer der TPLF hätten jedoch geschworen, von den Bergen der Region, im Norden Äthiopiens aus weiter zu kämpfen. Zunächst konnten die Truppen der Zentralregierung die TPLF von der Macht in Tigray verdrängen. Ende Juni eroberte die TPLF Medienberichten zufolge die Regionalhauptstadt Mekelle zurück und hat seitdem weitere Geländegewinne erzielt.
Nach UN-Angaben sind in Tigray selbst rund 400.000 Menschen von einer Hungersnot bedroht. Mehr als 5,2 Millionen Menschen sind nach UN-Angaben im Norden des Landes auf Nahrungsmittellieferungen angewiesen.
Äthiopien und Eritrea trugen von 1998 bis 2000 einen blutigen Grenzkonflikt aus und unterhielten danach jahrelang keine diplomatischen Beziehungen. Erst 2018 begruben beide Länder das Kriegsbeil. Auch dafür bekam Abiy 2019 den Friedensnobelpreis.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e5/0a/01/3786854_0:0:3073:1728_1280x0_80_0_0_c1a65271e18b3c34e56c9f2bef9dd1c4.jpg

Lug-info.com: Durch einen Erlass hat das Oberhaupt der LVR die Sperrstunde vom 1. Oktober 21. bis 1. Februar 22 mit Ausnahme der frontnahen Gebiete aufgehoben, die nach Inkrafttreten des einheitlichen Zollraums nicht mehr notwendig ist.

de.rt.com: **China entdeckt riesiges Offshore-Ölvorkommen in der Bohai-Bucht**
China hat nach eigenen Angaben neue Ölreserven von über 100 Millionen Tonnen entdeckt. Eine Offshore-Entdeckungsbohrung in der nordöstlichen Region Bohai im wichtigsten Feld der China National Offshore Oil Company sei erfolgreich gewesen.
Chinas staatlicher Öl- und Gaskonzern China National Offshore Oil Corporation (CNOOC) hat ein großes Ölfeld in der Bohai-Bucht entdeckt. Das teilte das Unternehmen am Donnerstag mit. In der Erklärung heißt es:
"Die Struktur Kenli 6-1 befindet sich in der unteren Laibei-Erhebung im südlichen Bohai-Becken in einer durchschnittlichen Tiefe von etwa 19,2 Metern. Die Explorationsbohrung KL6-1-3 wurde in einer Tiefe von 1.596 Metern niedergebracht und stieß auf Öl- und Gaszonen mit einer Dicke von etwa 20 Metern. Während des Tests erzielte die Bohrung einen Ölzufluss von 1.178 Tausend Barrel pro Tag."
Das Unternehmen wies darauf hin, dass das Feld künftig die erste größere Ölquelle in diesem Gebiet sein wird.
CNOOC ist nach CNPC und Sinopec die drittgrößte nationale Ölgesellschaft Chinas. Das im Jahr 1982 gegründete Unternehmen mit Sitz in Peking befasst sich mit der Förderung, Raffination und Vermarktung von Erdöl und Erdgas vor der chinesischen Küste.
Das Unternehmen hat vor kurzem angekündigt, dass es mittels einer weiteren Aktienemission an der Börse in Shanghai bis zu 35 Milliarden Yuan (4,69 Milliarden Euro) aufbringen will, um seine wichtigsten Öl- und Gasprojekte zu finanzieren. CNOOC plant die Ausgabe von rund 5,82 Prozent des Aktienkapitals des Unternehmens, wie das Unternehmen am späten Sonntag in einer Mitteilung an die Börse in Hongkong mitteilte. Der Plan, Mittel im Inland zu beschaffen, kam zustande, nachdem die US-Sanktionen gegen CNOOC globale Investoren gezwungen hatten, ihre Investitionen in das Unternehmen zu verringern.
Die in Hongkong notierten Aktien von CNOOC lagen am Donnerstag bei 7,51 Euro pro Aktie und haben seit dem vergangenen Jahr 17,5 Prozent zugelegt.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/6156a8d848fbef74b002030d.jpg

Dan-news.info: In der DVR wird die Sperrstunde für die Wochenenden ab sofort bis zum 1. Februar auf dem gesamten Gebiet der Republik, das von der Regierung kontrolliert wird, an den Wochenenden aufgehoben.

snanews.de: **USA wollen mindestens sechs Patrouillenboote an Ukraine liefern**
Die USA werden nach Angaben des Verteidigungsministeriums mindestens sechs Patrouillenboote „Mark VI“ mit einem Gesamtwert von über 80 Millionen US-Dollar an die Ukraine liefern.
Mit der Detailplanung, dem Bau, der Ausrüstung, der Wiederinbetriebnahme und der Ausbildung der Besatzung soll das Schiffbauunternehmen SAFE Boats International beauftragt werden. Die Firma solle sechs Patrouillenboote des Typs Mark VI (MK VI) fertigen „mit einer Option für zwei weitere Boote“, heißt es in einer Mitteilung des US-Verteidigungsministeriums, die am Donnerstag veröffentlicht wurde. Die Arbeiten sollten bis März 2025 abgeschlossen sein. Die zwei weiteren Patrouillenboote sollten – im Fall der Einlösung der Kaufoption – dann voraussichtlich bis März 2026 hergestellt werden.
Laut der Defense Security Cooperation Agency (DSCA) hatte das US-Außenministerium im Sommer 2020 den Verkauf von bis zu 16 hochmodernen Patrouillenbooten des Typs Mark VI und entsprechender Ausrüstung an die Ukraine im Wert von insgesamt 600 Millionen US-Dollar genehmigt.
Die ukrainische Regierung bestellte demnach neben den Patrouillenbooten auch 32 ferngesteuerte Waffensysteme MSI Seahawk A2, 20 optoelektronische und Infrarot-Radargeräte, 16 Freund-Feind-Erkennungssysteme, 40 Maschinenkanonen des Typs MK44- und sonstige Ausrüstung sowie Dienstleistungen zur Wartung der Schiffe.
Es handelt sich um neue Patrouillenboote, die erst 2016 in Dienst gestellt wurden. Sie sind in verschiedenen Modifikationen erhältlich.
Laut dem Webportal Defense News ist eine der Modifikationen mit zwei schweren Maschinengewehren vom Kaliber .50, zwei ferngesteuerten 25mm-Kanonen und einem modernen optischen Lenksystem ausgestattet. Darüber hinaus sind die Boote mit zwei manuellen Maschinengewehren vom Kaliber .50 ausgerüstet. Die Besatzung des Bootes besteht aus zehn Personen, insgesamt können sich bis zu 20 Personen an Bord aufhalten. Die maximale Geschwindigkeit beträgt 85 Kilometer pro Stunde.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e5/0a/01/3787370_0:0:3073:1728_1280x0_80_0_0_3b00a571ffc835f780b9671c09572cf8.jpg

lug-info.com/dnronline.su: An der Grenze zwischen der DVR und der LVR wurde mit der Demontage der Zoll-Posten begonnen.

https://dnronline.su/wp-content/uploads/2021/10/photo_2021-10-01_11-34-27-770x1026.jpg

nachmittags:

de.rt.com: **Nach Treffen mit Putin: Erdoğan fordert von USA für F-35-Jets das Geld**

zurück

Nach seinem Gipfeltreffen mit Putin beschuldigt Erdoğan sowohl die USA der "Unterstützung des Terrorismus" in der Region und forderte zugleich von der US-Regierung türkische Investitionen für das Programm der F-35-Jets zurück.

Nach dem Gipfeltreffen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin in Sotschi beschuldigte der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan die USA und namentlich einen hochrangigen Biden-Beamten der "Unterstützung des Terrorismus". Zugleich forderte Erdoğan die USA auf, 1,4 Milliarden US-Dollar dafür zu zahlen, dass die US-Regierung die Türkei aus dem Programm der Entwicklung und Produktion von F35-Kampfjets geworfen hatte.

Vor Journalisten verurteilte Erdoğan auf dem Rückweg aus Sotschi den Koordinator des Weißen Hauses für den Nahen Osten und Nordafrika und ehemaligen Anti-IS-Gesandten Brett McGurk dafür, dass er die USA mit kurdischen Milizen in Syrien verbündet habe. Die Türkei betrachtet die kurdischen Milizen als "größte Bedrohung" für die nationale Sicherheit.

Erdoğan warf den USA in letzter Zeit mehrfach vor, "Terrororganisationen" zu unterstützen, anstatt sie zu bekämpfen, und bezog sich dabei auf die US-Partnerschaft mit den Volksverteidigungseinheiten (YPG) in Nordsyrien. Der türkische Verteidigungsminister Hulusi Akar sagte bereits im Juni, die US-Unterstützung für die YPG, den syrischen Flügel der kurdischen Separatistenbewegung und der PKK, sei die größte Herausforderung für die bilateralen Beziehungen.

Erdoğan bekundete unlängst erneut sein Interesse an einer weiteren Lieferung russischer Raketenabwehrsysteme des Typs S-400. Niemand könne sich dazu einmischen und Einfluss darauf nehmen, welche Verteidigungssysteme die Türkei bei welchem Land kauft, sagte der türkische Staatspräsident.

"Wir haben eine Zahlung von 1,4 Milliarden Dollar geleistet, was wird daraus?", fragte Erdoğan rhetorisch auf dem Rückweg aus Sotschi. "Wir haben dieses Geld nicht leicht verdient. Entweder sie geben uns unsere Flugzeuge oder sie werden uns das Geld geben."

Den ersten Kaufvertrag für vier vollständige S-400-Batterien im Wert von etwa 2,5 Milliarden US-Dollar hatten die Türkei und Russland Ende 2017 unterzeichnet. Der Lieferbeginn war 2019, und die Stationierung ist mittlerweile abgeschlossen. Die USA unter dem ehemaligen Präsidenten Trump reagierten auf den Kauf damit, dass sie den Verkauf weiterer F-35-Jagdflugzeuge an den NATO-Partner Türkei stornierten. Die US-Regierung begründete ihren Schritt damit, die S-400-Systeme könnten Informationen über die F-35-Flugzeuge sammeln und dadurch möglicherweise deren Tarnkappenvorteile zunichtemachen. Washington verhängte zudem Sanktionen gegen den türkischen Verteidigungssektor und drohte kauft.

Die persönlichen Beziehungen zwischen Erdoğan und den beiden letzten US-Präsidenten wären "von einem Extrem ins andere" umgeschlagen, sagt Sinan Ülgen, ein ehemaliger türkischer Diplomat und Gastwissenschaftler bei Carnegie Europe. Die Biden-Regierung sei in ihrem ganzen Engagement gegenüber der Türkei "distanziert", während Erdoğan zum ehemaligen US-Präsidenten Trump noch eine enge persönliche Beziehung gepflegt hätte.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/6156c92bb480cc2a9a006ba2.jpg

snanews.de: **Taliban veranstalten Mittagsmahl für ausländische Botschafter in Kabul**
Die radikal-islamistischen Taliban haben in Kabul am Donnerstag ein Treffen und feierliches Essen für die ausländischen diplomatischen Vertreter in Afghanistan veranstaltet. Anwesend waren Botschafter aus Russland, Pakistan und Usbekistan. Dies teilten russische Medien unter Berufung auf den Taliban-Vertreter, Zabihullah Mujahid, mit.
Auf seiner Twitter-Seite veröffentlichte er mehrere Videos von der Veranstaltung. Unter den eingeladenen Gästen waren der russische Botschafter, Dmitri Schirnow, sowie die Leiter der diplomatischen Missionen Pakistans und Usbekistans – Mansur Ahmad Khan und Jodgorhuscha Schadmanow. An dem Treffen nahmen unter anderen auch Vertreter der Taliban-Führung teil – darunter Mullah Abdul Ghani Baradar, der zum stellvertretenden Vorsitzenden der Übergangsregierung ernannt wurde.
Nach dem Mittagsmahl, das im Gebäude des Außenministeriums in Kabul abgehalten wurde, gingen die Gastgeber zum Gebet über. Während der Veranstaltung bedankte sich Amir Chan Motaki, der Außenminister Afghanistans im Übergangskabinett, bei den Diplomaten für die Fortsetzung ihrer Arbeit während der „wichtigen politischen Transformationen“ in Afghanistan:
„Die Tatsache, dass Sie Ihrer Arbeit selbst im Zuge der wichtigen politischen Umwälzungen nachgegangen sind, zeigt, dass die Sicherheitssituation in Afghanistan stabil ist, die neue Regierung ist nämlich dafür verantwortlich. Wir danken allen Staaten, die dem afghanischen Volk humanitäre Hilfe leisten und die sich bereit erklärt haben, mit unserem Ministerkabinett zusammenzuarbeiten.“
Des Weiteren kündigte er die Bereitschaft der Taliban-Führung an, jedem Staat alle notwendigen Bedingungen zu schaffen „für die Umsetzung von Projekten, die auf afghanischem Territorium noch nicht abgeschlossen sind“. …

https://cdnn1.snanews.de/img/07e5/09/04/3469112_0:0:3073:1728_1280x0_80_0_0_96952a43633b9c5606e64998eea69a6a.jpg

dnronline.su: **Heute fand in der Allee der Engel eine Trauerveranstaltung im Rahmen der Aktion „Ein Glockenzeichen für die Engel des Donbass“ statt.**
Um das Andenken der durch die ukrainische Aggression getöteten Kinder zu ehren, kamen Aktivsten der gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaja Respublika“ und Einwohner von Donezk.
„Es ist unsere heilige Pflicht, an die Kinder zu denken, die durch die Schuld von Erwachsenen, die drohten, dass die Kinder des Donbass in den Kellern sitzen werden, getötet oder verletzt wurden. Die Ambitionen der Ukraine sind keine einzige Träne von Kinder wert. Und auf diesem Stein sind die Namen von Dutzenden von Kindern, die der Krieg getötet hat. Sie haten ihren Lebensweg erst begonnen, aber er wurde von den Geschossen der ukrainischen Straftruppen abgebrochen. Ich bin überzeugt, dass diese Aktion die Einwohner der Ukraine daran erinnert, dass weder in Kiew noch in Lwow oder Iwano-Frankowsk Kinder durch Beschuss sterben. Unter dem Krieg leiden und sterben nur die Kinder des Donbass. Ich bin überzeugt, dass jeder, der daran beteiligt ist, eine Vergeltung erhalten wird“, sagte der stellvertretende Leiter des zentralen Exekutivkomitees von OD Sergej Kondrykinskij.
Nach einer Schweigeminute legten alle Versammelten Blumen und Kuscheltiere am Fuß des Denkmals nieder.

https://dnronline.su/wp-content/uploads/2021/10/img_0138-1026x684.jpg

snanews.de: **Deutsche Botschaft weiht beinahe Ehrentafel für Nazi-Kollaborateur in Kiew ein**

In der Ukraine ist beinahe eine Gedenktafel für den Nazi-Kollaborateur Wolodymyr Bahazij erschienen, der während des Großen Vaterländischen Krieges an der Hinrichtung von Juden beteiligt war. Darauf verwies der Chef des Ukrainischen Jüdischen Komitees Eduard Dolinski auf Facebook.

Er stellte klar, dass die Kiewer Stadtverwaltung im Rahmen des internationalen Projekts „Stolpersteine“, das den Opfern des Nazismus gewidmet ist, das Anbringen einer Gedenktafel für ein Mitglied der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) genehmigen soll.

„Achtung! Anlässlich des 80. Jahrestages von Babyn Jar will die deutsche Botschaft zusammen mit dem Ukrainischen Holocaust-Zentrum und der Kiewer Stadtverwaltung ein Gedenkschild für einen Nazi-Kollaborateur, einen Komplizen bei der Ermordung der Kiewer Juden, Mitglied der OUN, Bürgermeister von Kiew 1941-1942, einweihen. Bahazij war stellvertretender Bürgermeister von Kiew und war direkt an der Organisation des Massakers an Juden beteiligt. Er war am Raub jüdischen Eigentums beteiligt, verteilte Wohnungen von ermordeten Juden. 1942 wurde er von den Nazis erschossen“, erklärte Dolinski.

Die Deutsche Botschaft in der Ukraine platzierte zunächst auf ihrem Facebook-Account einen Link zur offiziellen Webseite des Projekts „Stolperstein“, wo eine interaktive Karte mit Adressen von Gedenktafeln zu finden ist. Eine der Markierungen in der Bratskaja-Straße in Kiew enthielt ein Foto von Wolodymyr Bahazij und seine Biografie, die jedoch keine Informationen über seine Beteiligung an der Hinrichtung von Juden während der Besatzung enthielt.

Später wurde die zu Ehren von Bahazij geplante Tafel von der Karte gelöscht. Dolinski schrieb einen Kommentar dazu auf seiner Facebook-Seite:

„Aber wie sich herausstellte, wurde die Botschaft irregeführt. Dies machte der Aktivist mit nicht-traditioneller jüdischer Orientierung, der Direktor des ukrainischen Zentrums für das Studium des Holocaust, Anatolij Podolski.

Er hat zusammen mit Freunden vom Ministerium für Erinnerung den Deutschen vorgeschlagen, anlässlich des 80. Jahrestages von Babyn Jar den Bürgermeister von Kiew, angeblich ein ‚Opfer des Nationalsozialismus‘, zu ehren. Doch aus der zynischen Provokation wurde nichts, dank nicht gleichgültigen Menschen aus verschiedenen Ländern, die anriefen und an die Deutsche Botschaft, das Auswärtige Amt und den Bundestag schrieben. In Kiew wird es kein Denkmal für Bahazij geben!“

https://cdnn1.snanews.de/img/07e5/09/1d/3763150_0:1:3072:1729_1920x0_80_0_0_3efaaa467044abf801f6049abe2c7c23.jpg

dnronline.su: Durch einen Erlass des Oberhaupts der DVR vom 1. Oktober 2021 wird festgelegt, dass vom 1.10. bis 31.12.21 Bürger der Geburtsjahre 1994-2003, die sich nicht in

der Reserve befinden, zum Militärdienst einberufen werden.
Insgesamt werden 500 Personen ausgewählt, die sechs Monate lang Dienst in der Volksmiliz tun und ausgebildet werden.

snanews.de: **Mysteriöse Explosion in „geheimer iranischer Raketenbasis“ – Israelischer Geheimdienst zeigt Bilder**
Der private israelische Geheimdienst ImageSat International hat Satellitenfotos veröffentlicht, die angeblich eine iranische Anlage zeigen, in der es am 27. September zu einer Explosion gekommen war. Es soll sich dabei um eine Raketenproduktionsstätte der Shahid Hemmat Industrial Group handeln, teilte der Dienst am Freitag via Twitter mit.
Auf den Fotos ist zu sehen, dass mindestens ein Viertel des Gebäudes, das von ImageSat International als „geheime Raketenbasis“ des Korps der Islamischen Revolutionsgarde bezeichnet wurde, vollständig zerstört ist. Es sind auch deutliche Dachschäden zu sehen.
Die Explosion ereignete sich am Montag. Wie internationale Medien unter Berufung auf iranische Behörden mitteilten, wurden dabei drei Wächter verletzt, von denen später zwei starben. Das Feuer sei in einem Lagerhaus in einem Forschungszentrum für Selbstversorgung westlich der Hauptstadt Teheran ausgebrochen, hieß es damals.
Im April war es in der iranischen Atomanlage Natans zu einer starken Explosion gekommen. Iranische Behörden sprachen von einem „Zwischenfall in einem Teil des Stromverteilungsnetzes“ der Urananreicherungsanlage. Der Vorfall ereignete sich einen Tag, nachdem der Iran zur Beschleunigung der Urananreicherung in Natans neue Zentrifugen in Betrieb genommen hatte. Im Juli machte der damalige iranische Außenminister Israel für den Vorfall verantwortlich und warf Israel vor, die Verhandlungen mit Teheran über den Atomdeal unterminieren zu wollen.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e5/0a/01/3794912_0:75:2000:1200_1920x0_80_0_0_d64434d0818e611c1399d46f3a5d6cab.jpg

armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Situation an der Kontaktlinie vom 25. September bis 1. Oktober 2021**
In den letzten 24 Stunden wurden d**rei Verletzungen des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.
In **Richtung Donezk** haben Kämpfer des 503. Marineinfanteriebataillons, die Aufgaben im Rahmen der 25. Luftlandebrigade erledigen, auf Befehl des Kriegsverbrechers Sentschenko **Wasiljewka** und **Mineralnoje** mit von den Minsker Vereinbarungen verbotenen 122mm-Artilleriegeschützen und 120mm-Mörsern beschossen und 38 Artillerie- und Mörsergeschosse abgefeuert.

Infolge des Beschusses wurden das Gebäude einer Vakuumpumpenstation, die Entgasungsrohrleitung, die für die Ableitung von Methan aus dem Bergwerk vorgesehen ist sowie Kabelleitungen, die den Ventilator der Hauptlüftung und den Hub des Luftzufuhrschachts versorgen, in der Jakowlewskaja-Industriezone des Sasjadko-Bergwerks beschädigt.
In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 128. Brigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Gontscharuk **Leninskoje** mit Granatwerfern beschossen.
Die Verstöße von Seiten der ukrainischen Kämpfer wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um rechtzeitig Maßnahmen gegen die an der Verletzung des Waffenstillstands Schuldigen zu ergreifen und um eine Fälschung von Daten über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.
Seit Beginn des heutigen Tages haben Kämpfer der 25. Brigade der ukrainischen Streitkräfte in **Richtung Donezk** auf Befehl von Sentschenko wieder **Mineralnoje** mit 120mm-Mörsern beschossen und 24 Mörsergeschosse abgefeuert.
In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 128. Brigade von den Positionen im Gebiet von Lebedinskoje aus **Leninskoje** mit Granatwerfern beschossen und fünf Granaten abgefeuert.
In der letzten Woche wurden insgesamt **20 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung** von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen festgestellt. Der Gegner hat Ortschaften der Republik unter Einsatz von 122mm-Artilleriegeschützen, Mörsern des Kalibers 120mm und 82mm, verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.
Unter Beschuss von Seiten des Gegners befanden sich die Gebiete von **elf Ortschaften**: Mineralnoje, Sachanka, Pantelejmonowka, Wasiljewka, Werchnetorezkoje, Michajlowka, Leninskoje, Schirokaja Balka, Krutaja Balka, Dolomitnoje und die Siedlung des Gagarin-Bergwerks in Gorlowka.
Beobachter der OSZE-Mission haben bestätigt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen 87 Stück **Waffen und Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte in 14 von der Ukraine kontrollierten Ortschaften in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** stationiert sind.
Aus dem Bestan der 10. Gebirgssturmbrigade:
ein Schützenpanzer in einem Wohngebiet von Romanokwa.
Aus dem Bestand der 25. Luftlandebrigade:
ein Schützenpanzer am südlichen Rand von Nowobachmutowka.
Aus dem Bestand der 54. mechanisierten Brigade:
ein Antipanzerlenkraketenkomplex „Schturm-S“ in Marjinka;
zwei Schützenpanzer in einem Wohngebiet von Krasnogorowka.
Aus dem Bestand der 93. mechanisierten Brigade:
drei Schützenpanzerwagen in der Nähe von Wohnhäusern in Bogdanowka;
neun 152mm-Haubitzen „Akazija“ in der Nähe von Wohnhäusern in Nowonikolajewka;
ein Abwehrraketenkomplex „OSA“ in einem Wohngebiet am östlichen Rand von Wolnowacha;
sechs Panzer am westlichen Rand von Satischnoje;
ein Abwehrraketenkomplex „OSA“ zwischen Wohnhäusern in Wolnowacha;
14 152mm-Haubitzen „Giazint-B“ und neun 152mm-Haubitzen „Akazija“ in der Nähe von Wohnhäusern in Chlebodarowka.
Aus dem Bestand der 128. Gebirgssturmbrigade:
zwei 152mm-Haubitzen D-20 in der Nähe von Wohnhäusern in Nikolskoje;
vier Schützenpanzerwagen und ein technisches Aufklärungsfahrzeug in Wodjanoje und Lebedinskoje;
ein Abwehrgeschütz 3SU-23-4 „Schilka“ in einem Wohngebiet in Tschernenko.

Außerdem wurde die Stationierung von 12 152mm-Haubitzen „Giazint-B“, 18 152mm-Haubitzen „Akazija“ und einem Abwehrraketenkomplex „Strela-10“ an den Eisenbahnstationen in Satschatowka, Wolnowacha und Chlebodarowka festgestellt.
Wir rufen die Einwohner der von Kiew besetzten Territorien auf, die Stationierung von Waffen und Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte in der Nähe ihrer Häuser und von Objekten ziviler Infrastruktur nicht zuzulassen. Informieren Sie über alle Fälle Mitarbeiter der OSZE-Mission (Angabe von Telefonnummern und E-Mail-Adresse).
Nur die Öffentlichmachung der verbrecherischen Handlungen der ukrainischen Kämpfer wird es erlauben, diese rechtzeitig zu verhindern und ihr eigenes Leben und das ihrer Verwandten und Freunde zu bewahren.
Außerdem führen Kämpfer der BFU in Verletzung der Maßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des Regimes der Feuereinstellung weiter **technische Arbeiten zur Ausrüstung neuer Positionen** im Verantwortungsbereich der 93. mechanisierten Brigade durch. So haben ukrainische Kämpfer in den Gebieten von Nikolajewka, Slawnoje und Bogdanowka in den letzten Monaten 680 Meter neue Schützengräben ausgerüstet.
Am Rand von Slawnoje wurde eine vorbereitete Mörserposition zum Beschuss von Dokutschajewks festgestellt.
Die ukrainischen Kämpfer verletzen weiter das Mandat der OSZE-Mission, indem sie das Monitoring mit Drohnen der Mission auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium behindern.
Um die Entdeckung von verbotenen Waffen der 10., 25., 58., 93. und 128. Brigade zu verhindern, hat der Gegner aktiv Stationen zur Funkblockade „Bukowel-AD“ aus dem Bestand mobiler Gruppen des 305. und 502. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt.
In der letzten Woche wurden elf Fälle der Blockade von Leitungs- und Navigationskanälen von Drohnen der OSZE-Beobachter entlang der Kontaktlinie in den Gebieten folgender Ortschaften festgestellt: Orlowka, Andrejewka, Otscheretino, Newelskoje, Lomakino, Wolnowacha, Leninskoje, Mirnoje und Lebedinskoje.
Die offene Aggression der ukrainischen Kämpfer und das Ignorieren ihrer Verpflichtungen erlaubt des den Beobachtern der OSZE-Mission nicht, die von den ukrainischen Kämpfern stationierten verbotenen Waffen und Fälle von Verletzung des Regimes der Feuereinstellung zu erfassen.
Die internationalen Beobachter stellen weiter **Kriegsverbrechen der ukrainischen Terroristen gegen die Zivilbevölkerung** fest.
In ihren Berichten haben die Beobachter einige Fälle von Aggression der ukrainischen Kämpfer bemerkt, über die wir bereits berichteten:
Schäden an ziviler Infrastruktur gab es durch Beschuss von den Positionen der 58. Panzergrenadierbrigade, der 93. mechanisierten Brigade und der 25. Luftlandebrigade auf die Siedlung des Oktjabrskaja-Bergwerks in Donezk, Dokutschajewsk und Jasinowataja.;
die Verletzung friedlicher Einwohner der Siedlung des Oktjabrskaja-Bergwerks in Donezk durch Beschuss von den Positionen der 58. Panzergrenadierbrigade.
Die letzte Woche war von einer deutlichen Zunahme von Viruserkrankungen des Personals der Truppenteile der ukrainischen Streitkräfte in der OOS-Zone gekennzeichnet. Ursachen dafür sind die jahreszeitliche Kälte und nicht zufriedenstellende rückwärtige Versorgung.
Aber Hauptursache ist seit nicht erst einem Monat die Abwanderung von qualifizierten medizinischen Mitarbeitern. Und diesen Prozess können weder der Verteidigungsminister Taran noch der oberste Kommandeur der ukrainischen Streitkräfte Salushnyj noch der Kommandeur der Sanitätskräfte Ostaschtschenko, der kürzlich auf diesen hohen Posten ernannt wurde, gerade um dieses Problem zu lösen, stoppen. Mit den Dienstbedingungen, den Lebensbedingungen und der Versorgung unzufriedene Ärzte sind oft gezwungen,

Medikamente auf eigene Kosten zu kaufen. Im Ergebnis plant die Mehrzahl der qualifizierten medizinischen Mitarbeiter nach Abschluss des kurzfristigen sechsmonatigen Vertrags, zu kündigen und sich eine Stelle im zivilen Leben zu suchen.
Um die Situation zu verbessern, plant das Kommando der ukrainischen Streitkräfte, den Abschluss an der medizinischen Akademie in Tscherkassk vorzuziehen, die Absolventen werden in der nächsten Zeit in der OOS-Zone eintreffen. Nur wertvolle Erfahrung kann ihnen niemand vermitteln. Auf den Posten sind nur junge Spezialisten verblieben, deren Niveau der professionellen Ausbildung äußerst gering ist. Und den Wunsch haben bei den jungen Ärzten nur wenige: nur ein Drittel der Absolventen plant, den Dienst fortzusetzen, die übrigen haben nicht die Absicht, lange in den Truppen zu bleiben.
Eine enorme Besorgnis beim Kommando der OOS ruft das Scheitern der Lieferungen von Material in die Brigaden hervor. Das jahreszeitliche Absinken der Temperatur trifft ein Drittel der Soldaten der ukrainischen Streitkräfte in der OOS-Zone in Sommeruniformen. Gleichzeitig sind die Materiallager der Brigaden in den ständigen Stationierungspunkten mit Winterausrüstung überfüllt, aber das Kommando beeilt sich aufgrund der geltenden Beschränkungen bei der Ausgabe von Treibstoff nicht, sie in die OOS-Zone zu bringen.
Außerdem haben in der letzten Woche die Fälle der **Verringerung von Lebensmittellieferungen für das Personal an den Frontpositionen** zugenommen. So sind die Soldaten in der 58. Brigade gezwungen, eine Ration für drei Tage auf zehn Tage zu strecken. Nicht besser sieht es in der 93. Brigade aus, wo man den Soldaten für zehn Tage eine Lebensmittelration für fünf Tage gibt. Dabei hängt die Verspätung der Lieferung von Lebensmitteln mit deren Fehlen in den Brigadelagern zusammen. Die hungernden Kämpfer weigern sich, die Befehle der Kommandeure auszuführen, sie verlassen oft die Positionen auf der Suche nach Essen oder sind gezwungen zur Hilfe von Freiwilligen zu greifen, die Essen gegen Munition tauschen.
Im Zeitraum vom 25. September bis 1. Oktober betrugen die **nicht kampfbedingten Verluste** in den Verbänden und Truppenteilen der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ drei Mann, davon ein Toter.
Am 28. September erlitt der Soldat des 109. Bataillons der 10. Brigade Subenko eine tödliche Verletzung infolge der Verletzungen der Sicherheitsbestimmungen beim Umgang mit der Waffe.
Am 29. September wurden zwei Kämpfer des 1. Bataillons der 128. Brigade bei der Detonation eines Geschosses im Vorrat bei Schießübungen verletzt.
In den Einheiten der Volksmiliz gehen die Übungen zur militärischen Ausbildung weiter. In der letzten Woche wurde die Hauptaufmerksamkeit der gemeinsamen Ausbildung von Panzergrenadier- und Panzereinheiten der Volksmiliz gewidmet. Alle eingesetzten Einheiten zeigten ein hohes Niveau an professioneller Ausbildung und erfüllten die ihnen vom Kommando gestellten Übungsaufgaben mit „ausgezeichnet“.
Mehr als 70 Mitglieder der militärisch-patriotischen Bewegung „Junge Garde – Jungarmee“ haben an den Übungen „Weg des jungen Aufklärers“ auf einem der Übungsplätze der Volksmiliz der DVR teilgenommen. Die Mitglieder der militärisch-patriotischen Bewegung lernten Fertigkeiten und Heransgehensweisen der taktischen Medizin. Außerdem haben die jungen Patrioten des Donbass im Rahmen der taktischen Spiele „Realität gegen Virtualität“ an Wettkämpfen treffsicherer Schützen teilgenommen.

de.rt.com: **Nach geplatztem U-Boot-Deal mit Paris: Handelsgespräche zwischen EU und Australien verschoben**
Australien hat ein milliardenschweres Abkommen mit Frankreich über Diesel-U-Boote zugunsten eines Abkommens mit den USA und dem Vereinigten Königreich aufgegeben. Nun wurden die Handelsgespräche zwischen der Europäischen Union und Australien verschoben. Am Freitag gab der australische Handelsminister Dan Tehan bekannt, dass die

Handelsgespräche mit der EU auf Eis gelegt wurden. Er erklärte gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters, dass er kommende Woche mit seinem EU-Amtskollegen Valdis Dombrovskis zusammentreffen wird, um die zwölfte Verhandlungsrunde zu besprechen, die erst im November statt Ende dieses Monats stattfinden soll.
Der Aufschub der Gespräche kommt zu einer Zeit, in der sich Australiens Beziehungen zu Frankreich deutlich verschlechtert haben, nachdem London, Washington und Canberra im vergangenen Monat Pläne zum Bau von mindestens acht atomgetriebenen, aber konventionell bewaffneten U-Booten und deren Lieferung an Australien bekannt gaben. Infolge des trilateralen Pakts hat Australien ein 40-Milliarden-US-Dollar-Geschäft mit der französischen Naval Group über ein Dutzend Diesel-U-Boote platzen lassen. Dies sorgte in Paris für Empörung.
Die neue sogenannte trilaterale AUKUS-Allianz setzt sich für einen "freien und offenen Indopazifik" ein und zielt offenbar darauf ab, dem wachsenden Einfluss Pekings in der Region entgegenzuwirken.
Jean-Yves Le Drian, der französische Außenminister, bezeichnete das Vorgehen Australiens als "Dolchstoß" und betonte, die EU müsse "ihr Konzept von Allianzen und Partnerschaften überdenken".
Während der Eklat dazu führte, dass französische Diplomaten aus Canberra und Washington zu Konsultationen nach Paris zurückbeordert wurden, bemüht sich Australien um Wiedergutmachung.
Im vergangenen Monat erklärte Tehan, dass ein vollständiges Handelsabkommen mit der EU sowohl für Canberra als auch für Brüssel von Vorteil wäre, da die EU damit "ihr Engagement im indopazifischen Raum verstärken könnte, weil sie erkannt hat, dass die Region das wirtschaftliche Gewicht der Welt trägt".
Im Streit um die U-Boote stellte sich die Chefin der EU-Kommission Ursula von der Leyen auf die Seite Frankreichs. In einem Gespräch mit CNN im vergangenen Monat sagte sie, dass "einer unserer Mitgliedstaaten auf eine Art und Weise behandelt wurde, die nicht akzeptabel ist" und dass die drei Länder "eine Menge offener Fragen" zu beantworten hätten.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/6156fe8f48fbef78be218fff.jpg

mil-lnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR I.M. Filiponenko über die Lage an der Kontaktlinie vom 25. September bis 1. Oktober 2021**
Heute informiere ich über die Lage an der Kontaktlinie und ziehe die Bilanz der letzten Woche.
Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurden **in den letzten 24 Stunden zwei Verletzungen des zweiten Punkt der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feuereinstellung festgestellt.

In **Richtung Slawjanoserbsk** haben Kämpfer eines mechanisierten Bataillons der 17. Panzergrenadierbrigade, die Aufgaben im Rahmen der 57. Brigade ausführen, auf Befehl des Brigadekommandeurs Mischantschuk von den Positionen im Gebiet von Nowotosckowskoje aus **Golubowskoje** mit einem Antipanzergranatwerfer beschossen.
In **Richtung Popasnaja** haben Kämpfer des 1. Bataillons der 24. Brigade von den Positionen im Gebiet von Popasnaja aus **Molodjoshnoje** mit Antipanzergranatwerfern beschossen. Informationen über Verletzte und Schäden werden noch ermittelt.
Die Fälle von Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um Maßnahmen zu ergreifen und um die Beschuldigung der Volksmiliz in Bezug auf Provokationen zu verhindern.
Der Versuch der Vertretung der LVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, wurde ein weiteres Mal von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert.
Die Einheiten der Volksmiliz beobachten ständig den Gegner, halten streng die Bedingungen des geltenden Waffenstillstands ein und sind bereit, auf Befehl des Kommandos, operativ auf Änderungen der Lage zu reagieren.
Insgesamt hat haben die BFU **in der letzten Woche neunmal das Regime der Feuereinstellung verletzt**, wobei **sechs Ortschaften** der Republik beschossen wurden: Kalinowo, Molodjoshnoje, Solotoje-5, Shelobok, Donezkij und Golubowskoje. Infolge der verbrecherischen Handlungen der ukrainischen Kämpfer **starben zwei Verteidiger der LVR**.
Unsere Aufklärung hat 10 Stück **Waffen und Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte** bemerkt, die in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen stationiert sind. …
Es wurden sechs Fälle festgestellt, dass **Drohnen der OSZE-Mission durch Mittel der elektronischen Kriegsführung der ukrainischen Streitkräfte blockiert** wurden. …
Die nicht kampfbedingten Verluste unter den Soldaten der BFU betrugen in der letzten Woche sieben Mann, davon vier Tote …

snanews.de: **Pofalla reist nach Moskau: Vorstand des Petersburger Dialogs kommt zusammen**
Nach der Aussetzung des deutsch-russischen Verständigungs-Forums „Petersburger Dialog“ soll es am Samstag wieder zu direkten Gesprächen in Moskau kommen.
An dem Treffen sollen der deutsche Vorsitzende des Forums, Ronald Pofalla, und der Beauftragte des russischen Präsidenten, Viktor Subkow, teilnehmen, wie aus einer Mitteilung auf der Webseite des Forums hervorgeht. Auch einige andere Mitglieder des Forums würden erwartet.
Laut der Mitteilung sollen während des Treffens die Pläne des Verständigungsforums sowie „für Russland und Deutschland aktuelle Themen“ behandelt werden. Dies seien vor allem die gesellschaftliche Situation im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie und dem Impfgeschehen gegen das Coronavirus sowie die Parlamentswahlen in beiden Ländern, deren Aussichten und Folgen.
Bei den Gesprächen solle es auch um die Spannungen zwischen beiden Ländern gehen, wie die Deutsche Presse-Agentur unter Verweis auf Teilnehmerkreise mitteilte.
Aussetzung des Forums
Pofalla hatte im Juli mitgeteilt, die Veranstaltungen des Petersburger Dialogs seien wegen politischer Spannungen ausgesetzt geblieben.
Ende Mai hatte die russische Generalstaatsanwaltschaft die Aktivitäten mehrerer NGOs aus Deutschland als auf dem Territorium der Russischen Föderation unerwünscht eingestuft. Dabei handelt es sich um drei Nichtregierungsorganisationen: Forum Russischsprachiger Europäer e.V., Zentrum für Liberale Moderne GmbH und Deutsch-Russischer Austausch e.V., deren Aktivitäten aus Sicht der russischen Staatsanwaltschaft eine Bedrohung für die

Grundlagen der verfassungsmäßigen Ordnung und die Sicherheit Russlands darstellen.
Die deutschen Teilnehmer des Petersburger Dialogs kündigten an, alle bilateralen Veranstaltungen und Arbeitsgruppentreffen in diesem Zusammenhang auszusetzen. Der Kreml bedauerte diese Aussetzung zutiefst, hieß es aus Moskau. Russland bleibe offen für die Zusammenarbeit, äußerte der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow.
Bei ihren Gesprächen in Moskau hoffen die deutschen Teilnehmer nun offenbar auf Erklärungen für die Gründe des umstrittenen russischen Vorgehens gegen die NGOs.

Russland-Beauftragter fordert vor allem Zusammenarbeit

Der Kreml hatte stets weiter Bereitschaft zum Dialog signalisiert – gerade in politisch schwierigen Zeiten. Auch der bei den Gesprächen in Moskau anwesende Russland-Beauftragte der Bundesregierung, Johann Saathoff, fordert in der Oktober-Ausgabe der Zeitung des Petersburger Dialogs: „Zusammenarbeit muss trotz aller Interessengegensätze selbstverständlich sein."
Für Politik und Zivilgesellschaft müsse es darum gehen, das Trennende zu überwinden, äußerte der SPD-Politiker. „Nach den Wahlen in Russland und Deutschland sollte die politische Agenda weniger davon bestimmt werden, wie wir uns voneinander abgrenzen", schrieb der Koordinator für die zwischenstaatliche Zusammenarbeit mit Russland, Zentralasien und den Ländern der Östlichen Partnerschaft.
Die nächste Hauptveranstaltung des Petersburger Dialogs, die ursprünglich am 14. und 15. Oktober in Kaliningrad (früher Königsberg) stattfinden sollte, soll es von deutscher Seite aus nur geben, wenn alle Organisationen daran teilnehmen können.
Das Forum war vor 20 Jahren von dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und dem damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder ins Leben gerufen worden.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e5/0a/01/3794693_0:275:3077:2006_1920x0_80_0_0_328284aa3efb98ad5262ff0483d5f300.jpg